

Saarland Sozialgipfel: Positionspapier zur Landtagswahl 2022

Den sozialen Zusammenhalt stärken – Gerechtigkeit und Solidarität erneuern

Die Corona-Pandemie macht deutlich: Die Spaltungen in unserer Gesellschaft nehmen zu, sich widersprechende Positionen und Diskussionen werden aggressiver vor- und ausgetragen. Diese Entwicklungen zerstören Vertrauen, Zusammenhalt und Respekt. Wir brauchen eine Politik, die gegensteuert, die den sozialen Zusammenhalt wieder stärkt. Eine Politik, die Gerechtigkeit und Solidarität erneuert!

Der „Saarland Sozialgipfel“ fordert zur Landtagswahl im März 2022 alle Parteien auf, engagiert für eine starke Sozialpolitik einzutreten: mit aktiver Armutsbekämpfung, gerechter Verteilung der Krisenkosten und sozialer Gestaltung des ökologischen und digitalen Wandels. Wir fordern eine soziale und ökologische Politik auch auf Landesebene, die keinen zurücklässt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt!

In diesem Positionspapier stellt der „Saarland Sozialgipfel“ - das Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und insgesamt über 30 Vereinen und Organisationen – seine Forderungen vor, die für eine zukunftsfähige Gesellschaft im Saarland richtungsweisend sind.

Zeit der großen Umbrüche: Wo stehen wir?

Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig ein engmaschig geknüpftes soziales Netz ist. In Deutschland konnten durch Sonderprogramme die Auswirkungen der Krise vielfach abgemildert werden. Mit Kurzarbeit konnten millionenfach Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Doch wie unter einem Brennglas haben sich auch die Schwächen gezeigt: Minijobbende und Soloselbstständige fallen durch die Maschen der Sicherungssysteme ganz nach unten. Arme Menschen werden bei den Maßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt. Steigende Lebensmittel- und Energiepreise, teure Hygieneartikel, die die zeitweise Einschränkung der Tafelangebote und anderer Hilfseinrichtungen haben viele Menschen in existenzielle Notlage getrieben und ihr Leben massiv belastet.

Neben den Folgen der Pandemie bleiben die große Herausforderung der Transformation für die Arbeitswelt. Als von der Stahl- und Automobilindustrie geprägtes Land ist das Saarland besonders stark vom ökologischen und digitalen Wandel betroffen. Diese Transformation muss sozial gestaltet werden. Voraussetzung ist hierzu ein handlungsfähiger Staat. Dies gilt nicht nur für Bund und Land, sondern auch für die Finanzen der saarländischen Kommunen.

Für eine erfolgreiche Transformation brauchen wir zum „ökologischen Deal“ auch einen „sozialen Deal“. Denn Menschen mit niedrigem Einkommen sind besonders stark von klimapolitischen Entscheidungen getroffen. Strom, Heizung, Lebensmittel, die fair und umweltbewusst hergestellt werden, und Verkehr oder die Mieten in energieeffizienten Gebäuden müssen für die Menschen auch bezahlbar sein und bleiben.

Hinzu kommt: Die Corona-Pandemie hat vielfach seelische Nöte und psychische Belastungen wie Zukunftsangst, fehlende Kontaktmöglichkeiten, mangelnde Schutzgefühle und Strukturlosigkeit offengelegt und verstärkt.

Beiden Anliegen - der Bekämpfung von offener und verdeckter materieller Armut sowie ihrer seelischen und psychischen Folgen - dient das Positionspapier des Sozialgipfels zur Landtagswahl 2022 im Saarland.

Neue Bundesregierung: vielversprechend im sozialen Bereich – gerechte Steuerpolitik: Fehlanzeige!

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung finden sich eine Reihe - auch für das Saarland - sozialpolitisch wichtiger Vorhaben: Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, Stärkung der Tarifverträge, Einführung einer Kindergrundsicherung, stabiles Rentenniveau, bessere Bildungschancen, Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen und Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum. Vieles davon wurde vom „Saarland Sozialgipfel“ seit Jahren gefordert.

Anderes dagegen fällt enttäuschend aus: So wurde die Chance verpasst, das neue „Bürgergeld“ armutsfest zu gestalten. Auch verzichtet die neue Bundesregierung auf Steuererhöhungen bei Vermögen und hohem Einkommen und möchte bereits 2023 zur Schuldenbremse zurückkehren. Damit ist die Finanzierung der angekündigten Maßnahmen weitgehend offen.

Soziale Gerechtigkeit – die Herausforderung für die künftige Landesregierung

Im Saarland sind überdurchschnittlich viele Menschen arm. Schon vor der Pandemie lebte jeder Sechste unterhalb der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Kinder und Frauen im Rentenalter. Dabei zeigen sich insbesondere zwei große Missstände: Zum einen sind mehrere Zehntausend Menschen arm trotz Arbeit. Zum zweiten stellen die Schwächsten in unserer Gesellschaft - alte Menschen und Kinder - nahezu die Hälfte der armen Menschen in unserem Land dar. Sie können jedoch nicht mehr oder noch nicht selbst dazu beitragen, ihre bedrückende Lebenssituation zu überwinden.

Der Saarland Sozialgipfel sieht insbesondere **fünf Handlungsfelder**, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

1. Aktionsplan Armutsbekämpfung weiterentwickeln und umsetzen

Die Landesregierung hat im Juli 2020 den „Zweiten Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland“ verabschiedet. Der Plan umfasst viele Maßnahmen in den Themenfeldern Wohnen, Kinderarmut und Bildung, Langzeitarbeitslosigkeit sowie Mobilität und Infrastruktur.

Positiv hervorzuheben ist, dass bei der Erarbeitung Sozialverbände, Kirchen und Organisationen als wichtige Akteure im Beirat Armutsbekämpfung eingebunden waren. Dabei wurden wichtige Strukturen für eine Zusammenarbeit von Ministerien, den Kreisen und Kommunen sowie der Sozialverbände, Kirchen und Organisationen geschaffen. Eine

finanzielle Basis zur Anschubfinanzierung neuer Maßnahmen wurde mit dem Armutsfonds installiert.

Aber: Bei der praktischen Umsetzung durch die Landesregierung stockt es erheblich. Zwar wurden erste Projekte mittlerweile umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Es fehlen aber ein verbindlicher Umsetzungsplan und eine transparente Evaluation der beschlossenen Maßnahmen.

Für eine **verstärkte Armutsbekämpfung** im Saarland fordern wir:

- Aktualisierung des Aktionsplans zur Armutsbekämpfung unter Beachtung der coronabedingt verschärften sozialen Problemlagen
- detaillierter, verbindlicher Umsetzungsplan mit klaren Verantwortlichkeiten, Finanzierung und Zeitplanung
- regelmäßige und transparente Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen unter Einbeziehung des Beirats zur Armutsbekämpfung

2. Für bezahlbares und soziales Wohnen sowie Verhinderung von Energiesperren

Zu teure Wohnungen und steigende Energiepreise belasten immer mehr Menschen mit geringem Einkommen. Wohnen ist deshalb zu einem der wichtigsten sozialen Themen unserer Zeit geworden – auch im Saarland. Die Mieter:innen im Saarland müssen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Miete ausgeben – mehr als in den meisten anderen Bundesländern. Benachteiligte haben kaum eine Chance, eine bezahlbare oder barrierefreie Wohnung zu finden. Die Zahl der Sozialwohnungen ist stark zurückgegangen. Obwohl zwischenzeitlich wieder einige Wohnungen mit Sozialbindung gebaut wurden, verfügt das Saarland lediglich über 637 Sozialwohnungen (Mai 2021). Im Jahr 2005 waren es noch über 5.000. Das Saarland rangiert beim sozialen Wohnungsbau weit abgehängt im Bundesvergleich auf dem letzten Platz. Geld ist vorhanden: Der Bund gibt dem Saarland jedes Jahr 12 Mio. € für soziale Wohnraumförderung – zusätzlich zu den 27 Mio. € aufgelaufener Rückstellungen aus nicht ausgegebenen Finanzmitteln der letzten Jahre (2019).

Die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser ist ein grundlegendes Element der Daseinsvorsorge und der gesellschaftlichen Teilhabe. Mit Energiesperren werden Menschen, die ihre Rechnung nicht bezahlen können, weit ins soziale Abseits abgedrängt, aus dem sie ohne Hilfe kaum herauskommen. Der Saarland Sozialgipfel begrüßt deshalb, dass das Konzept der Energiesicherungsstelle mit der Einrichtung der Steuerungsstelle bei der Verbraucherzentrale und der Bereitstellung der Mittel für den Notfallfonds auf den Weg gebracht wurde. Auch hier gilt: Jetzt muss es „nur noch“ saarlandweit umgesetzt werden. Angesichts der stockenden Umsetzung und der aktuell drastisch steigenden Energiekosten soll im Saarland ein Moratorium erlassen werden, um kurzfristig Energiesperren abzuwenden.

Für **bezahlbares Wohnen** im Saarland fordern wir:

- Einen Masterplan für neue Sozialwohnungen. Die Bundesmittel für sozialen Wohnungsbau im Saarland müssen vollständig eingesetzt und für Wohnraum mit Sozialbindung verwendet werden. Dies gilt erst recht nach der von der neuen Bundesregierung angekündigten Wohnraumoffensive.
- Schaffung eines landesspezifischen Wohnraumförderungsgesetzes

- Stärkung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- altersgerechte- und barrierefreie Modernisierung
- Förderung neuer Wohnkonzepte im Alter sowie inklusiver Wohnformen für Menschen mit und ohne Behinderung
- Unabhängige Wohnberatung
- bedarfsgerechte Erhöhung der Kosten der Unterkunft und transparente Darstellung
- Konzept der Energiesicherungsstelle auf alle Energiearten und Wasser ausdehnen und auf das gesamte Saarland ausweiten
- ein einjähriges Moratorium für Energiesperren.

3. Kinder brauchen mehr – Teilhabechancen und Bildung

Die Kinder- und Jugendarmut ist im Saarland seit Jahren auf hohem Niveau. 2019 wuchsen 22,5 % der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Haushalten unterhalb der Armutsgrenze auf. Dies hat gravierende Folgen für deren Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten. Die Corona-Krise hat sowohl die Situation für arme Kinder und ihre Familien weiter verschärft als auch die Bildungsungleichheit ansteigen lassen.

Erste Maßnahmen aus dem Aktionsplan Armutsbekämpfung konnten bereits umgesetzt oder angestoßen werden: das beitragsfreie Schulmittagessen für Kinder von Geringverdienern, die Ausweitung des Pilotprojekts „Frühe Hilfe“ auf alle Geburtskliniken und die Einrichtung eines Sonderfonds zur Förderung von Projekten und Initiativen gegen Kinderarmut. In Neunkirchen wurde die Einrichtung eines Kinderhauses auf dem Weg gebracht. Ein wichtiger Meilenstein ist die schrittweise Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung. Positiv hervorzuheben sind auch das Projekt „Schulen stark machen“ und die Stärkung der Schulsozialarbeit. Aber auch hier bleibt noch viel zu tun:

Das Saarland (Land, Kreise, Kommunen) stellt an öffentlichen Bildungsausgaben am wenigsten von allen Bundesländern bereit. Generell muss diese seit Jahren andauernde strukturelle Unterfinanzierung des Bildungswesens beendet werden. Überall, wo der Anteil von Kindern aus armen bzw. sonstigen prekären Verhältnissen besonders hoch ist, muss systematisch und dauerhaft gegengesteuert werden. Schulen mit vielen Kindern aus prekären Lebensverhältnissen brauchen gesellschaftliche Unterstützungssysteme mit begleitenden kulturellen Anregungen sowie Bildungsangeboten im Sozialraum. Dazu bedarf es einer gemeinschaftlichen Anstrengung und staatlicher Steuerung der ergänzenden Angebote.

Für mehr Teilhabe und Bildung von Kindern und Jugendlichen fordern wir:

- Kinderhäuser aufbauen und verstetigen, die Projektförderung in eine Regelförderung umwandeln
- damit Hilfen nicht abreißen: Umsetzung und Verstetigung kommunaler Prozessketten gegen Kinderarmut sowie eine landesweite Koordination
- beitragsfreies Mittagessen für Kinder von Geringverdienern auch in Kindertageseinrichtungen
- flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, für bessere Chancen für Kinder aus einem schlechten außerschulischen Lernumfeld bzw. mangelnder Bildungsunterstützung seitens der Eltern.

- landesweites Bildungsmonitoring mit dem Ziel der bedarfsgerechten sozialindizierten Ausstattung aller Regelbildungseinrichtungen: Die sehr unterschiedlichen Ausgangslagen und pädagogischen Herausforderungen für Schulen müssen systematisch und nachvollziehbar berücksichtigt werden; ihr individueller Bedarf an Professionen muss systematisch und verlässlich festgestellt werden.
- Schulsozialarbeit weiter ausbauen und multiprofessionelle Teams an Schulen stärken
- Erweiterung der multiprofessionellen Teams um den Bereich der Schulseelsorge
- eine Berufsausbildungsoffensive starten: Umlagefinanzierung, bei der Betriebe, die nicht ausbilden, einzahlen, um Ausbildungsplätze bzw. Verbundausbildungen zu finanzieren;
- Übergang von Schule in den Beruf verbessern: eine landesweite Jugendberufsagentur einrichten, die an das Projekt „Lückenlose Betreuung“ im Landkreis Neunkirchen anknüpft und saarlandweit ausweitet.

4. Fairer Arbeitsmarkt und Bekämpfung von (Langzeit-)Arbeitslosigkeit

Die negativen Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt konnten für viele durch Kurzarbeit gebremst werden. Massiv angestiegen ist jedoch die Langzeitarbeitslosigkeit: Rund 15.000 Menschen sind im Saarland aktuell länger als ein Jahr arbeitslos, mehr als 40 % der Arbeitslosen. Vor Corona war es dank guter Konjunktur und aktiver Arbeitsmarktpolitik gelungen, die Zahl der Langzeitarbeitslosen erheblich zu senken. Wichtig waren dabei die Schaffung eines Sozialen Arbeitsmarktes, mit dem bis 2024 befristeten Teilhabechancengesetz und dem Passiv-Aktiv-Transfer. Doch nun besteht die Gefahr einer weiter zunehmenden und erneut verfestigten (Langzeit-)Arbeitslosigkeit. Besonders betroffen sind ältere Menschen und Arbeitslose ohne berufliche Ausbildung. Und das in Zeiten eines immer dringlicher beklagten Facharbeitermangels.

Hinzu kommt: Strukturwandel und Transformation müssen mit einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik gestaltet werden. Der beste Schutz gegen Armut ist Gute Arbeit. Die Strategie der Guten Arbeit im Saarland muss fortgesetzt werden.

Für **faire Arbeit und soziale Sicherheit** fordern wir:

- Das gerade beschlossene Saarländische Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetz (STFLG) ist ein wichtiger Meilenstein zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung und Stärkung der Tarifbindung. Die rechtsichere Umsetzung muss bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht werden.
- Die Arbeitnehmerfreizügigkeit darf nicht missbraucht werden. Beratungsstellen stärken nichtdeutsche Beschäftigte bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Sie sind deshalb zu verstetigen.
- Förderoffensive starten, die sowohl Qualifizierung als auch einen erleichterten Zugang zu öffentlich geförderter Beschäftigung im Sozialen Arbeitsmarkt umfasst.
- Das Saarland muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Teilhabechancengesetz und der Passiv-Aktiv-Transfer zeitlich entfristet und ausgebaut werden.
- Das Landesarbeitsmarktprogramm Arbeit für das Saarland (ASaar) verstetigen und ausbauen
- Der saarländische Beschäftigungs-PAKT ist zu aktivieren. Soziale Synergieeffekte können durch eine verstärkte Verzahnung von Öffentlicher Daseinsvorsorge mit öffentlich geförderter Beschäftigung erreicht werden.

5. Mobilität und soziale Infrastruktur stärken

Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Ein wichtiger Meilenstein ist die erfolgte Einführung eines saarlandweiten Sozialtickets und die erfolgreiche Umsetzung der Tarifreform des ÖPNV. Damit werden Menschen mit geringem Einkommen, Familien, Jugendliche und Ältere spürbar finanziell entlastet.

Zudem müssen entferntere Gegenden auf dem Land durch den ÖPNV besser erschlossen werden. Damit vermindert sich zum einen die Notwendigkeit für den Autoverkehr. Zum zweiten werden Menschen, die sich gar kein Auto leisten können, nicht von dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen.

Armut ist im Saarland regional sehr unterschiedlich verteilt. Bauliche Missstände, eingeschränkte Wohnqualität, fehlende und unzureichende soziale und kulturelle Infrastruktur verstärken Armut und Ausgrenzung für die Betroffenen. Umgekehrt bilden bessere Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und sozialen Netzwerken gleichzeitig auch Anknüpfungspunkte für eine kommunale Strategie der Armutsbekämpfung. Allerdings bleibt wegen der angespannten finanziellen Situation in vielen saarländischen Landkreisen, Städten und Gemeinden kaum Spielraum für eigene Akzente in der Armutspolitik. Daher ist es notwendig, dass die Kommunen bei der Armutsbekämpfung von Bund und Land stärker unterstützt werden.

Zur Förderung **gleichwertiger Lebensverhältnisse** fordern wir:

- Mobilität für alle garantieren: Barrierefreiheit ausbauen, weitere Förderung von Bürgerbussen
- quartiersbezogene Ansätze zur Armutsbekämpfung und die Gemeinwesenarbeit stärken und die Projektförderung in eine Regelförderung zu überführen
- sozialräumliche Ansätze bei der Armutsbekämpfung stärken, Angebote gegen die Vereinsamung und Isolation von Menschen ausbauen durch zielgruppenorientierte Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Arbeit von Ehrenamtlichen)
- Partizipation und Teilhabe stärken: Konzepte mit den Menschen entwickeln
- Verbesserung der Infrastruktur, auch durch digitale Erreichbarkeit und Förderung der dörflichen und innerstädtischen Entwicklung

Ein tragfähiges soziales Netz, Vertrauen in die Politik, Solidarität, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe sind grundlegende Voraussetzungen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mit der Landtagswahl im März 2022 müssen entscheidende Weichenstellungen für die Menschen im Saarland verbunden sein.

Mit diesem Positionspapier ruft der „Saarland Sozialgipfel“ zur Beteiligung an der Landtagswahl auf. Es gilt, jetzt die Weichen konsequent in Richtung einer sozialen und solidarischen Gestaltung des ökologischen Umbaus zu stellen. Dazu haben wir hier unsere konkreten Forderungen benannt.